24.04.2025

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 24.04.2025

Ltg.-657-1/XX-2025

ANTRAG

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dinhobl und Handler
gemäß § 34 LGO 2001

betreffend **effektiver Schutz im Insolvenzrecht für besondere Härtefälle**
zu dem Antrag Ltg.-657/XX-2025

Mitte September 2024 wurde Niederösterreich von einem verheerenden Hochwasserereignis getroffen, das große Teile des Landes verwüstete. Aufgrund der massiven Schäden erklärte die Landesregierung am 15. September 2024 das gesamte Landesgebiet zum Katastrophengebiet. Die Zerstörungen waren enorm: Tausende Menschen verloren ihr Hab und Gut, Existenzen wurden innerhalb weniger Stunden vernichtet.

Um den Betroffenen rasche Hilfe zukommen zu lassen, wurden die Unterstützungsmaßnahmen des Landes Niederösterreich für Hochwasseropfer umfassend ausgeweitet. Durch die Erhöhung der Beihilfen von 20% auf 50%, in Härtefällen sogar bis zu 80%, konnte vielen Landsleuten und Betrieben in einer äußerst herausfordernden Zeit geholfen werden.

Über 20.500 Anträge wurden bereits erledigt und rund 347 Mio. Euro an Beihilfen ausgezahlt. Der Großteil der Gelder ging dabei an Familien. Etwa zehn Prozent der Anträge stammten von Betrieben. Auch viele Organisationen und Vereine wurden von der Flut getroffen, vom Feuerwehrhaus und Rettungstützpunkt bis zum Fußballplatz und Musikerheim. An 167 Vereine wurden rund 4,8 Millionen Euro an Hilfgeldern ausbezahlt.

Gerade in dieser schweren Zeit zeigte sich einmal mehr, wie gut der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in Niederösterreich und darüber hinaus in der gesamten Republik funktioniert. Neben dem Land Niederösterreich boten auch zahlreiche

Unternehmen Vergünstigungen und Unterstützungen für die vielen vom Hochwasser Betroffenen an. Die EVN erstattete ihren Kunden beispielsweise im Rahmen einer „Pumpstromhilfe“ eine Gutschrift in Höhe von 45 Euro, die Möbelkette XXXLutz bot Preisnachlässe im Rahmen einer „Unwetter-Soforthilfe“ an, die Baumarktkette Hornbach unterstützte mit einem „Unwetter-Nachlass“ und über die Raiffeisenbanken konnte ein „Elementarschadenskredit“ zu günstigeren Konditionen abgeschlossen werden.

Auch die Möbelkette Kika/Leiner veröffentlichte eine 20-prozentige Rabatt-Aktion, welche als „Unwetter-Soforthilfe“-Aktion betitelt wurde. Viele der Hochwasseropfer nutzten diese Möglichkeit, um dringend benötigte Einrichtungsgegenstände für ihre beschädigten Wohnungen oder Häuser zu bestellen. Vielfach wurden dafür auch Anzahlungen geleistet.

Wenige Wochen später wurde von der Möbelkette Kika/Leiner beim Landesgericht St. Pölten ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung beantragt. In Folge der Anmeldung dieses Insolvenzverfahrens mussten Forderungen gegen die Möbelkette, beispielsweise aufgrund einer Anzahlung, eines Gutscheines oder einer ausständigen Reklamation als Insolvenzforderungen angemeldet werden. Die bestellten Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden vielfach nicht geliefert.

Eine konkrete Insolvenzquote steht noch nicht fest. Der Masseverwalter geht derzeit jedoch von einer im unteren zweistelligen Prozentbereich befindlichen Quotenzahlung aus. Die dadurch Geschädigten sind doppelt betroffen – einerseits durch die Zerstörungen in Folge des Hochwassers und andererseits durch den Verlust der Anzahlungen für ihre neuen Möbel.

Eine Unterstützung dieser „doppelt Betroffenen“ im Rahmen der Katastrophenhilfe ist aufgrund der Vorgaben des Bundes im Katastrophenfondsgesetz nicht möglich. Vielmehr müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen im Insolvenzrecht geschaffen werden, um einen effektiven Schutz für ebensolche besonderen Härtefälle zu gewährleisten.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, eine Evaluierung der insolvenzrechtlichen Vorschriften durchzuführen und insbesondere die Einführung eines effektiven Schutzes für besondere Härtefälle, wie jene, die von der Hochwasserkatastrophe im September 2024 und in Folge der Insolvenz der Möbelkette Kika/Leiner betroffen sind, zu forcieren.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 wird der Antrag Ltg.-657/XX-2025 miterledigt.“